

Fahrplan zum Welterbe steht

Baden-Baden muss Managementplan erarbeiten

Baden-Baden (fk) – Einen weiteren Schritt in Richtung Bewerbung Baden-Badens zum Weltkulturerbe soll der Gemeinderat im Februar gehen. Zwar wurde gestern im Bauausschuss der Fahrplan bis zum endgültigen Einreichen der Unterlagen am 31. Januar 2018 vorgestellt, aber das kurstädtische Ratsgremium soll diesen, wie Bürgermeister Alexander Uhlig gestern erklärte, noch absegnen.

Bestandteil des Fahrplans ist unter anderem die Abgrenzung der sogenannten Pufferzonen, die die Kernzone und somit das mögliche Weltkulturerbe umgeben. In Baden-Baden geht es hierbei laut Lisa Poetschki, Leiterin der Stabsstelle Stadtentwicklung und

Denkmalpflege, vor allem um die Sicherung wichtiger Blickbeziehungen, etwa von der Kurstadt in die Landschaft oder umgekehrt sowie den Erhalt der prägenden Landschaftskulisse, die ein wichtiger Bestandteil einer Kurstadt des 19. Jahrhunderts und somit für die Bewerbung Baden-Badens zum Weltkulturerbe sei.

Hinzu kommt der Managementplan. Er beinhaltet Maßnahmen und Aktionen, die der Öffentlichkeit und auch den zuständigen Fachbehörden den Wert einer für das Kulturerbe vorgesehenen Stätte verdeutlichen sollen. Oder anders gesagt: Es soll öffentlich möglichst breit kommuniziert werden, welche Inhalte und Ziele mit der Bewerbung verbunden sind. Uhlig betonte in diesem Zusammenhang, dass das

Weltkulturerbe ein absolutes Qualitätsmerkmal sei, das die Entwicklung von Neubauprojekten aber kaum tangiere. Außerdem müssen ein Konzept zur Verwaltung (Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachbereichen und Institutionen) sowie eine Beschreibung der Welterbestätten erarbeitet werden. Darüber hinaus beinhaltet der Managementplan alle nötigen Schritte, um die Stätten bestmöglich zu erhalten. In Baden-Baden umfasst der Antragsbereich die Lichtentaler Allee, den historischen Stadtbezirk, das Kurareal sowie die rahmenden Villenviertel (Beutig, Quettig, Annaberg) und Teile des Friedhofs. Die Entscheidung des Welterbekomitees der Unesco über den Antrag soll im Sommer 2019 fallen.